

TRANSFORMATION IN STÄDTEN, GEMEINDEN UND KREISEN

Eingereicht von: Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (SGK)

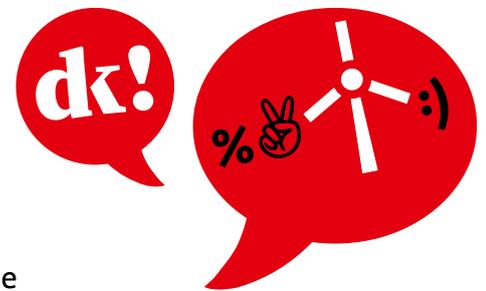
Wie sieht die Transformation unserer Städte, Gemeinden und Kreise aus, um Deutschland zu einem klimagerechten Standort werden zu lassen? CO₂-Emissionsreduktion in allen Bereichen unserer Gesellschaft, in der Güterproduktion, in der Energieversorgung und der Mobilität. Es geht um den effizienteren Einsatz von Energie in Gebäuden, beim Heizen und in der Produktion. Und es geht um eine Energiewende, die den gesellschaftlichen Bedarf durch erneuerbare Energiequellen decken kann, eine Mobilität die auf Verbrennungsmotoren verzichtet und eine industrielle Produktion, in der Wasserstoff fossile Energieträger ersetzen kann.

Daraus resultieren mannigfaltige Anforderungen an den Umbau unserer Städte, Gemeinden und Kreise, im Gebäudebestand, wesentlichen Bereichen der Infrastruktur und den Betrieben. Doch nicht allein in der CO₂-Reduktion liegt die Lösung, zugleich müssen wir unsere Kommunen an die längst schon spürbaren Folgen des Klimawandels anpassen und widerstandsfähiger machen. Und schließlich gilt es, den Umbau so zu gestalten, dass Energie- und Wärmeversorgung für Bürgerinnen und Bürger und Betriebe bezahlbar bleiben, die Versorgungssicherheit gewährt ist und Arbeitsplätze gesichert werden. Die aktuelle Energiepreiskrise durch die Folgen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und die damit verbundenen Engpässe insbesondere in der Gasversorgung machen eine beschleunigte Energie- und Mobilitätswende noch dringlicher.

Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge

Die kommunale Daseinsvorsorge ist das Rückgrat einer resilienten Kommune, die flexibel auf die Krisen dieser Zeit und die Zukunftsanforderungen reagieren können soll. Nur mit kommunalen Unternehmen und Stadtwerken, die Versorgungssicherheit insbesondere in der Energie- und Wärmeversorgung vor Ort garantieren, sichern wir Stabilität in der Gesellschaft. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass wir die kommunalen Unternehmen und Stadtwerke als systemrelevant begreifen und sie vergleichbar anderer wichtiger Unternehmen und Sektoren der Privatwirtschaft stützen und vor existenziellen Krisen schützen. Eine gut funktionierende und von Bund und Ländern finanziell abgesicherte kommunale Daseinsvorsorge ist Rückhalt in Krisenzeiten und ein Pfund, mit dem Kommunen in Sachen beschleunigtem Klimaschutz wuchern können.

Bürgerinnen und Bürger müssen die Sicherheit erhalten, dass sie die Lasten einer Energiepreiskrise nicht alleine tragen. Insbesondere Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen müssen angemessen unterstützt werden. In diesem



Zusammenhang ist die Bundespolitik gefordert, eine dauerhafte Entlastungsperspektive für die Bevölkerung zu beschließen.

Bessere Förderpolitik

Leider hat die Förderung des kommunalen Klimaschutzes oft immer noch Projektcharakter. Der Nachteil der Projektförderung, sie ist zeitlich begrenzt und die Wirkung bleibt oft isoliert. Zudem sind die Förderrichtlinien vor allem für kleinere Gemeinden und Genossenschaften zu kompliziert gefasst.

Grundsätzlich gilt natürlich: Die Energie- und Verkehrswende wird vor Ort entschieden und nur eine gute Finanzausstattung der Gemeinden ermöglicht die Erreichung der Klimaziele. Deshalb bleibt wichtig, dass die kommunale Altschuldenfrage gelöst wird.

Bei allen guten Beispielen, Erprobungen und Modellen muss daher nach der weiteren Transformation gefragt werden: Wie kommt der Klimaschutz in die Fläche? Sicher ist, dass der Weg aus der fossilen Energiewelt vor allem über den Ausbau der erneuerbaren Energien für eine konsequente Energie- und Wärmewende sowie eine rasche Verkehrswende gelingt und wir uns parallel dazu gegen die bereits eingetretenen Veränderungen des Klimas wappnen müssen.

Für all diese Felder benötigt es zielgerichtete Förderprogramme von Bund und Ländern, die den Kommunen vor Ort Freiräume und Flexibilität bei der Umsetzung garantieren, denn vor Ort liegt die Expertise über vorhandene Ressourcen, nachhaltige Energiequellen, die Zusammensetzung der Wärmenetze, den richtigen Verkehrsmix oder die bereits bestehenden Auswirkungen der Klimakrise.

Energie- und Wärmewende kommunalfreundlich umsetzen

Wir brauchen einen beschleunigten Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Um mehr Akzeptanz für diesen Ausbau sowohl bei der Windkraft als auch bei Photovoltaikfreiflächenanlagen zu erreichen, sollte die finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Erträgen rechtlich ermöglicht und gesichert werden. Kommunale Unternehmen sind schon jetzt die Macher vor Ort. Sie werden in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen, auch in Fragen einer intelligenten und digitalen Steuerung von Erzeugung und Verbrauch – nicht zuletzt durch den Ausbau der E-Mobilität. Dies muss bei zukünftigen politischen Entscheidungen mehr beachtet werden, beispielsweise bei dringend benötigten Investitionen in die örtlichen dezentralen Energienetze.

Um den Ausbau der Photovoltaik nicht nur bei öffentlichen Gebäuden weiter zu beschleunigen, ist eine Solarpflicht für Gewerbebauten einzuführen. Die kommunale Planungshoheit ist durch die Option für eine Solar- oder Gründachpflicht zu stärken. Zudem gilt es, weitere Hemmnisse für die



Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen im Bereich des Mieterstroms zu beseitigen.

Eine deutliche Ausweitung der energetischen Gebäudesanierung ist auf eine aufsuchende und an den Möglichkeiten der Gebäudeeigentümer orientierte Energieberatung angewiesen. Die bestehenden Förderkonzepte sind stärker auf Zuschüsse und Quartierskonzepte zu orientieren.

Eine verbindliche kommunale Wärmeplanung sollte die Dekarbonisierung vorantreiben. Zur Wärmewende gehören der Ausbau und die Verdichtung der Fern- und Nahwärme, die Nutzung von Abwärmepotenzialen, die Einbindung von Speichern, der Aufbau neuer dezentraler Wärmenetze mit z. B. der Nutzung von Geothermie und Biogas.

Mobilitätswende für die Kommunen mitfinanzieren

Jenseits der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern zur Verkehrsfinanzierung bedarf es einer grundsätzlichen Lösung für eine dauerhaft bedarfsgerechte Verkehrsfinanzierung. Es braucht eine Investitionsoffensive insbesondere für den ÖPNV, die eine auskömmliche Finanzierung der Transformation zu nachhaltiger Mobilität in Städten, Gemeinden und ländlichen Räumen im Verbund mit den Regionen ermöglicht.

Dabei muss klar sein: Investitionen in den Ausbau des ÖPNV dürfen nicht Ausrede für immer höhere Fahrpreise sein. Wenn Bund und Länder stärker in den Ausbau investieren, müssen sie auch gemeinsam mit den Kommunen attraktive Angebote schaffen, die sich alle Menschen leisten können und die den vorherrschenden Tarifschub durchschlagen. Ein gut ausgebauter und bezahlbarer Nahverkehr ist eine Frage der gesellschaftlichen Teilhabe. Hier ist auch eine deutliche krisenunabhängige Erhöhung der Regionalisierungsmittel gefragt.

Zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs bedarf es einer dauerhaften Infrastrukturförderung sowie einer Anpassung des Verkehrsrechts. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, Verkehrsraum zugunsten klimafreundlicher Mobilität umzugestalten und Maßnahmen wie Parkraummanagement und Geschwindigkeitsbegrenzungen flexibler einzusetzen.

Klimaanpassungsmaßnahmen dauerhaft fördern

Die blaue und grüne Stadt – eine Stadtentwicklung, in der die Freiraumentwicklung von Gewässern und Grün immer mitgedacht wird – ist notwendig, um die Städte für die Zukunft lebenswert und resilient zu gestalten. Konkrete Maßnahmen zur Klimaanpassung erfordern zusätzliche Investitionen, die die Kommunen nicht allein tragen können. Deshalb braucht es eine verlässliche und dauerhaft angelegte Finanzierungshilfe für Klimaanpassungsmaßnahmen, die auch die Bereiche



Gesundheit, Wasserwirtschaft, Stadtplanung, Städtebau, Stadtgrün, Mobilität, Boden-, Biotop- und Artenschutz umfassen. Im Rahmen der Städtebauförderung und weiteren Bundes- und Landesprogrammen muss der Bereich der Klimaanpassung immer mitgedacht und Kommunen dabei unterstützt werden, mehr blau und grün, statt grau in die Städte und Gemeinden zu bringen. Aufbauend auf einer Klimarisikoanalyse lassen sich die notwendigen Maßnahmen feststellen, um besser für die Zukunft gerüstet zu sein. Denn Klimaanpassung ist immer auch Katastrophenvorsorge.

Entwicklung der Innenstädte

Die innerstädtischen Lagen müssen in Gänze neu gedacht werden. Hier müssen innovative Nutzungsmischungen zwischen zentralen und dezentralen Bildungs- und Sozialangeboten (dritte Orte), Kultur, Gastronomie, Wohnen, Einzelhandel, urbaner Produktion etc. entwickelt werden. Die Ansiedlung von kommunalen Einrichtungen mit hohem Besucherverkehr kann zur Belebung und Frequenzsteigerung führen. Nutzungsmischung ist ein Leitgedanke der Leipzig-Charta im Städtebau und greift die

Situation vieler der innenstadtnahen Stadterweiterungsgebiete aus der Gründerzeit im vorletzten Jahrhundert auf. Der Übergang von den Citylagen in diese Gebiete wird immer fließender und fördert ein neues Zusammenwachsen der Stadt, welches auch ein klimagerechteres sein kann.